

01.01.2015 - Ölpreis, Krisen und Krieg

Weltkonjunktur auf wackligen Füßen

von Ingo Schmidt

Seit Juni 2013 ist der Ölpreis von 115 Dollar pro Fass auf Werte um die 70 Dollar gefallen. Dieser erhebliche, aber keinesfalls einmalige, Preissturz hat Spekulationen über die weitere Preisentwicklung ins Kraut schießen lassen. Und auch über Ursachen und Folgen wird munter gestritten. Besonderes Augenmerk genießt dabei die Frage, ob sinkende Exporterlöse die Achse der bösen Ölstaaten ? Russland, Iran und Venezuela ? in den wirtschaftlichen und politischen Ruin treiben, ein Ziel, das bislang mit Sanktionen und Putschversuchen (im Falle Venezuelas) nicht erreicht werden konnte. Von Peak Oil und der damit verbundenen Frage, ob das Ende des fossilen Zeitalters naht, ist hingegen kaum noch die Rede.

Geschichte wiederholt sich...

Mit den jüngsten Preisrückgängen scheint eine Preissteigerungswelle auszulaufen, die ihren Anfang mit der Invasion des Irak 2003 nahm und auffallende Ähnlichkeiten mit der Ölpreisboom 1973?1980 aufweist. Das Ölembargo, dass die OPEC gegen die Unterstützer Israels im Oktoberkrieg 1973 verhängte, trieb den Ölpreis von 3,50 Dollar 1972 auf 12 Dollar 1974. 1980, kurz nach der Revolution im Iran, betrug der Preis 38 Dollar. Aus heutiger Sicht scheinen das Peanuts. Berücksichtigt man die seither eingetretene Inflation und rechnet diese Preise in Dollarwerte von 2014 um, hätte er sich von 20 Dollar 1972 auf über 110 Dollar 1980 mehr als verfünffacht ? in der Periode 2003?2008 hat er sich versechsfacht.

Für die USA war das OPEC-Embargo ein doppelter Schock. Erstens stieg damals gleichzeitig ihre Abhängigkeit von Ölimporten, weil die heimische Ölproduktion 1972 ihren Höhepunkt erreicht hatte und schon 1973 rückläufig war. Zweitens brach im gleichen Jahr das Bretton-Woods-System zusammen, in dem der US-Dollar als Ankerwährung gedient hatte. Zu dem Problem steigender Energiekosten kam damit die Drohung, der Dollar könne seine der US-Ökonomie recht einträgliche Rolle als internationale Reservewährung und Rechnungseinheit verlieren. Die Gefahr konnte zwar im gleichen Jahr durch ein Abkommen mit Saudi-Arabien, den Ölhandel weiterhin in Dollar

abzuwickeln und im Gegenzug amerikanische Waffenhilfe zu leisten, gebannt werden. Die weit größere Gefahr, dass das OPEC-Embargo ein Signal zur Durchsetzung höherer Preise für andere Rohstoffe sein könnte, war damit allerdings nicht gebannt.

Zur Erleichterung der imperialistischen Mächte führten die steigenden Ölpreise zur ökonomischen Spaltung der mühsam hergestellten politischen Einheit der Dritten Welt, noch bevor das OPEC-Embargo der Forderung nach einer neuen Weltwirtschaftsordnung, die über steigende Erlöse aus dem Export von Rohstoffen eine Umverteilung zugunsten der Dritten Welt ermöglichen würde, zur Durchsetzung verhelfen konnte. Denn die von Ölimporten abhängigen Länder der Dritten Welt wurden vom Anstieg des Ölpreises noch viel härter getroffen als die reichen Länder des Westens. Die spiegelbildlich explodierenden Exporterlöse der OPEC-Staaten und anderer ölexportierender Länder wurden in großem Maße als Dollarkredite an arme Drittweltländer vergeben und schufen damit die Grundlage für die Schuldenkrise der 80er Jahre, die auch die Forderung nach einer neuen Weltwirtschaftsordnung endgültig unter sich begrub.

Auch die Einigkeit innerhalb der OPEC war nicht von langer Dauer. Die iranische Revolution 1979 und der kurz darauf beginnende Krieg mit dem Irak sorgten zwar für eine weitere Verteuerung des Öls. Je länger sich der Krieg aber hinzog, desto mehr sahen sich die Kontrahenten gezwungen, ihre Ölförderung zwecks Kriegsfinanzierung auszudehnen. 1985 beschlossen die Saudis, ihre Förderung über die vereinbarte OPEC-Quote hinaus massiv zu steigern. Dasselbe tat die Sowjetunion, die unter Devisenmangel litt. Mit dem Preisanstieg war auch die Erschließung des Nordseeöls rentabel geworden. Und 1980?1982 brach die Weltwirtschaft ein. So wird verständlich, warum der Ölpreis 1986 auf 18 bzw. 22 Dollar (zu Preisen von 2014) fiel. Abgesehen von einem kurzen Anstieg infolge des Irakkriegs 1990 schwankte der Ölpreis auf diesem niedrigen Niveau, bis die große Preissteigerungswelle von 2003 bis 2008 ins Rollen kam.

...doch nicht so ganz

Diese Welle gingen mit den größtenwahnsinnigen Plänen der US-Regierung unter Bush junior einher, die von Clinton vorangetriebene Freihandelsordnung mit militärischer Gewalt zu vollenden und abzusichern. Allerdings zeigte sich bald, dass die im Namen eines New American Century geführten Kriege in Afghanistan und Irak zwar die Profite amerikanischer Ölgesellschaften in die Höhe trieben, aber kaum dem Gesamtinteresse des US-Kapitalismus und seiner Verbündeten dienten. Erste Risse in der Koalition der

Willigen zeigten sich, als Chirac und Schröder von einer direkten Beteiligung am Irakkrieg absahen, um ihre heimische Wählerschaft nicht weiter gegen sich aufzubringen. Gegenwärtig sorgen die Wirtschaftssanktionen gegen Russland für dauernde, wenngleich nicht immer in der Öffentlichkeit ausgetragene Spannungen.

Die Ölpreissteigerungen seit 2003 haben die Förderung unkonventionellen Öls rentabel gemacht und in den USA einen Frackingboom ausgelöst. In dessen Folge sind die USA zum zweitgrößten Ölproduzenten der Welt, nach Saudi-Arabien und vor Russland, aufgestiegen und versuchen nun, Gazprom und Rosneft aus dem europäischen Markt zu verdrängen. Hierin werden sie von Kanada unterstützt, das es mit seinem vorwiegend aus Teersand und Bitumen gewonnen Öl auf Rang 5 der Ölförderer schafft. Die Deutschen wollen es sich mit ihren transatlantischen Handelspartnern nicht verderben und treiben deswegen entsprechende Freihandelsabkommen voran. Gleichzeitig wollen sie ihre guten Wirtschaftsbeziehungen mit Russland nicht aufs Spiel setzen. Diese Beziehungen gehen auf den Osthandel zurück, der im Zeichen der Entspannungspolitik in den 70er Jahre begann. Er konnte auch nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion ausgebaut werden und hat Russland auf Rang 11 der deutschen Absatzmärkte gebracht. Damit liegt es zwar weit hinter den USA, aber ein Exportvolumen von 35 Mrd. Euro mag man selbst im Sanktionsjahr 2013 nicht leichtfertig verspielen.

Der Kalte Krieg mit Russland

Die aktuellen Differenzen in der amerikanischen und deutschen Politik gegenüber Russland ähneln denen der 70er Jahre, als die Amerikaner die Wandel-durch-Annäherung-Strategie der sozialliberalen Koalition als ein Zurückweichen vor dem «kommunistischen Klassenfeind» missverstanden. In anderer Hinsicht hat sich die Situation jedoch gründlich geändert. In den 70er Jahren war die Ölproduktion in den USA rückläufig, während die Importe stark stiegen. Seit 2008 steigt sie wieder. Damit ist ein deutlicher Rückgang der Ölimporte einhergegangen. Die US-Regierung hat deshalb ihr 1973 erlassenes Exportverbot von Rohöl im vergangenen Sommer aufgehoben.

Der jüngste Ölboom hat die USA in eine widersprüchliche Lage gebracht. Einerseits sprudeln mit den hohen Preisen und steigenden Fördermengen auch die Profite, andererseits befinden sich Ölfirmen in den USA damit in der gleichen Lage wie die als außenpolitische Gegner ausgemachten Staaten Russland, Iran und Venezuela. Die Medien spekulieren in erster Linie darüber, wie Russland mit Preisrückgängen und Einnahmeausfällen umgehen wird. Nach verbreiteter Ansicht hat die sowjetische

Auslandsverschuldung, die durch den Verfall des Ölpreises Mitte der 80er Jahre in die Höhe getrieben wurde, das Ihre zum Zusammenbruch der Sowjetunion beigetragen. Nun hoffen die Kalten Krieger dieser Tage auf einen Zusammenbruch des Putinschen Staatskapitalismus und eine Rückkehr zum Vasallenkapitalismus à la Jelzin.

Öl- und Gasexporte spielen in der russischen Wirtschaft eine ungleich größere Rolle als in den USA. Entsprechend schwerer wirken sich die jüngsten Preisrückgänge in Russland aus. Andererseits stehen nicht nur die amerikanische, sondern die Weltkonjunktur insgesamt auf wackligen Füßen. Und dies nicht zuletzt, weil die Krise 2008/09 samt des folgenden Krisenmanagements zu einer Schuldenexplosion geführt hat, unter der das globale Finanzsystem und die Weltwirtschaft zusammenzubrechen drohen. In den USA beläuft sich die Gesamtverschuldung von privaten Haushalten, Unternehmen und dem Staat auf knapp 300%, in Russland auf reichlich 70%. Eine immer noch Supermacht ist sicherlich kreditwürdiger als eine ehemalige Supermacht. Sie ist aber zugleich anfälliger für panische Reaktionen von Bankern und Börsianern, wenn sich die in sie gesetzten Hoffnungen nicht erfüllen. Am Ölpreis hängt zwar vieles, aber zum Gelde drängt doch alles.